Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 49 (1969-1970)
Heft: 10

Artikel: Monat der Konferenzen
Autor: Fabius
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-162366

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

irgendwelche Zwischeninstanzen direkt interpretieren. Nur so kommt es zur unverstellten Begegnung zwischen Volk und Regierung – und nur so, mit genau bezeichneten Sendezeiten für die Exekutive, ist in den Massenmedien auch eine saubere Abgrenzung zwischen Offiziellem und der Auseinandersetzung mit dem Offiziellen möglich. Die Regierung hat nicht nur einen Anspruch darauf, sondern die demokratische Pflicht, ihre Politik mit den Mitteln moderner Information fortgesetzt darzustellen; die Massenmedien wiederum können ihren Auftrag allein unter dem Titel einer möglichst weitgespannten (und auch ausgenützten) Programmfreiheit erfüllen. Mithin bleibt nur die rigorose zeitliche Abgrenzung im – verschiedenartigen – Gebrauch von Fernsehen und Radio. Sie ist die Voraussetzung einer klar strukturierten Informationspolitik.

Oskar Reck

MONAT DER KONFERENZEN

Auf das Jahresende hin pflegt der Terminkalender der internationalen Diplomatie mit Konferenzen überladen zu sein. Auch 1969 macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme; in West und Ost wie in der Dritten Welt trafen sich Politiker und Staatsmänner zu den üblichen oder ausserordentlichen *Rendez-vous*. Man wird die Ergebnisse dieser Treffen im allgemeinen nicht überschätzen; immerhin sind dieses Mal einige bemerkenswerte Resultate zu verzeichnen, deren Auswirkungen das politische Geschehen in den ersten Monaten des neuen Jahres bestimmend gestalten werden.

EWG und NATO

Das Gipfeltreffen der Sechsergemeinschaft zu Anfang Dezember in Den Haag markiert zwar keinen Wendepunkt in der Entwicklung der EWG. Aber erstmals seit dem Verschwinden de Gaulles sind *neue Akzente* sichtbar geworden. Der französische Präsident *Pompidou* hat zu verstehen gegeben, dass er einer Erweiterung der Gemeinschaft nicht jenes starre Nein entgegensetzt wie sein Vorgänger. Für 1970 sind Verhandlungen mit den beitrittswilligen Staaten in Aussicht genommen. Das Eis beginnt zu schmelzen, und wenn es auch verfrüht wäre, schon jetzt von einem entscheidenden Kurswechsel Frankreichs zu sprechen, so scheint es doch so gut wie sicher, dass die Stagnation, welche die Entwicklung der EWG seit 1963 kennzeichnete, jetzt überwunden ist. Ein ermutigendes Symptom dafür ist auch die verhältnismässig rasche Einigung über die *Finanzierung* der Wirtschaftsgemeinschaft, womit das Ende der Übergangszeit erreicht ist. Die Bemühungen um eine europäische Integration treten damit 1970 in eine neue Phase.

Weniger spektakulär als das Gipfeltreffen in Den Haag war die Dezembersession des NATO-Rates in Brüssel. Grundsätzlich wurde das strategische Prinzip der *flexible response* bestätigt und die von der nuklearen Planungsgruppe ausgearbeiteten Vereinbarungen über den Ersteinsatz atomarer Waffen und die Konsultationsverfahren zwischen den Alliierten genehmigt. Gegenüber der vom Osten lancierten Idee einer *europäischen Sicherheitskonferenz* zeigten sich die Minister der atlantischen Allianz weiterhin reserviert; es ist kein Geheimnis, dass die Vereinigten Staaten einem solchen Mammuttreffen gegenüber nach wie vor Bedenken hegen und sich wenig von einer Konferenz versprechen, deren Teilnehmerkreis so weit gezogen ist und deren Themen nur vage umrissen werden können. Andererseits hat die NATO *bilaterale Annäherungsversuche* zwischen ihren Mitgliedern und Ländern des Ostblockes als wünschbar bezeichnet und damit der Bonner Bundesregierung das Plazet für ihren Dialog mit Moskau gegeben.

Gewaltverzichtverhandlungen in Moskau

Ein erstes greifbares Ergebnis dieser Politik der Zweiseitigkeit ist in der zweiten Dezemberhälfte sichtbar geworden: in Moskau haben sich der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, *Allardt*, und Aussenminister *Gromyko* zu Gesprächen getroffen, in deren Mittelpunkt der Austausch von Gewaltverzichterklärungen steht. Von Bonn aus sind solche Kontakte schon vor Jahren – noch zur Zeit der Kanzler Erhard und Kiesinger – angeregt worden, jedoch damals in Moskau auf taube Ohren gestossen. Gegenwärtig scheint jedoch aus der Sowjetunion ein anderer Wind zu wehen. Seit dem Wechsel in der Regierungsführung der Bundesrepublik hat Russland Westdeutschland gegenüber mildere Töne angeschlagen. Schon im Vorfeld der Bundestagswahlen hatte sich dieser Wandel der Atmosphäre abgezeichnet, als kurz hintereinander Delegationen der Freien Demokraten und der SPD im Kreml empfangen wurden. Moskau setzte ganz offensichtlich schon frühzeitig auf eine Koalition zwischen Liberalen und Sozialisten, wie sie im Oktober in Bonn schliesslich zustande gekommen ist.

Russlands starre Deutschlandpolitik

Es fällt schwer, in der entgegenkommenden Haltung Moskaus mehr zu sehen als einen neuen taktisch bedingten Schachzug. Russlands Kurs gegenüber Deutschland ist in den vergangenen Jahren von einer unverrückbaren Konsequenz gekennzeichnet gewesen. Der Kreml strebt eine *Zementierung des Status quo* an, eine Legalisierung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Hegemonialsphären – mit andern Worten die vollständige De-iure- und De facto-Anerkennung der Teilung Deutschlands. Von dieser Forderung ist die Sowjetunion kein Jota abgewichen. Auf der Gipfelkonferenz der Staaten des Warschaupaktes im Dezember in Moskau ist sie erneut bestätigt worden; erstes praktisches Resultat dafür ist der Brief des DDR-Staatsratsvorsitzenden *Ulbricht* an Bundespräsident *Heinemann* und der diesem Schreiben beigelegte Entwurf eines Vertrages zwischen DDR und Bundesrepublik. Hier werden die alten Ziele des Ostens ohne das geringste Anzeichen von Konzilianz oder Kompromissbereitschaft in voller Härte umschrieben: völkerrechtliche Anerkennung der DDR als eines zweiten deutschen Staates, Anerkennung Westberlins als «besonderer politischer Einheit» ohne Bindungen an die Bundesrepublik – es gehört wenig Phantasie dazu sich vorzustellen, dass ein Eingehen auf solche Bedingungen alle Haarspaltereien über eine Differenzierung zwischen «staatsrechtlicher» und «völkerrechtlicher» Anerkennung zunichte machen, die Teilung Deutschlands endgültig besiegeln und Westberlins Geschick auf Gedeih und Verderb dem Willen der DDR-Machthaber ausliefern würde. Wie weit die sich nur auf eine schwache und unsichere parlamentarische Mehrheit stützende Bonner Regierung der andern Seite entgegenkommen kann, ohne selbst ins Gleiten zu geraten, bleibt eine offene Frage.

Italien und Griechenland

Während Bonns Aussenpolitik Bewährung und Sicherung in den Kontakten mit dem Osten sucht, droht Italien weiter in den Strudel der *innenpolitischen Krise* abzugleiten. Am 12. Dezember sind bei einem Bombenanschlag auf eine Mailänder Bank 16 Personen getötet und gegen 100 verletzt worden – ein schreckliches Symptom der Atmosphäre der Unsicherheit und des Terrors, die gegenwärtig auf der Apenninenhalbinsel herrscht. Man hat für das Attentat die *Anarchisten* verantwortlich gemacht und trifft damit eine verhältnismässig kleine Gruppe notorischer politischer Nihilisten. Es ist jedoch klar, dass diese *Eskalation des Terrors* in Italien nur ermöglicht wurde durch die jahrelange politische und soziale Labilität. Ministerpräsident *Rumor* hat deshalb wenige Tage nach dem Anschlag von Mailand einen Aufruf zur Neuauflage des *Centro sinistra* erlassen

und gleichzeitig eine schärfere Trennung von den Kommunisten verlangt. Auf diese Weise hofft er, der extremen Linken den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Gefahr, dass angesichts der anhaltenden Unsicherheit die Neigung zu *radikalen Lösungen* wächst, bleibt latent vorhanden mit all ihren Implikationen für die innere und auch die aussenpolitische Lage Italiens.

Welche internationalen Probleme ein Ausweichen in politische Extreme aufwerfen kann, zeigte sich im Konflikt *Griechenlands* mit dem *Europarat*. Seit der Machtübernahme durch die Militärjunta im April 1967 hat der Strassburger Europarat an das Athener Regime permanent Appelle erlassen, zu verfassungsmässigen Verhältnissen zurückzukehren, und Griechenland den Ausschluss aus dem Europarat angedroht. Diesem ermüdenden Hin und Her haben die Athener Machthaber Mitte Dezember nun ein Ende gemacht; sie sind einer als sicher erwarteten Suspension Griechenlands durch das Ministerkomitee zuvorgekommen, indem sie selbst durch Aussenminister *Pipinelis* den Austritt aus dem Europarat verkündeten. Damit ist für die Strassburger Versammlung eine klare Situation geschaffen worden, nachdem eine immer grössere Zahl von Mitgliedern des Europarates zur Auffassung gelangt war, dass das Oberstenregime in Athen mit den Grundsätzen des Europarates nicht zu vereinbaren sei. Der *Bruch*, wie er nun vollzogen worden ist, war schon seit längerer Zeit unvermeidbar geworden; auch wenn er in seiner Tragweite nicht überschätzt werden darf, ist er doch ein Gradmesser für die Schwierigkeiten, denen sich jede überstaatliche Gemeinschaft konfrontiert sieht, wenn eines ihrer Mitglieder innenpolitisch zu extremen Lösungen greift.

Labile arabische Solidarität

Die Unsicherheit im Mittelmeer ist durch die Entwicklungen in Italien und Griechenland weiter gesteigert worden – in einem Augenblick, da sich im Nahen Osten die kriegerischen Aktionen wieder verschärfen und eine endgültige Friedensregelung weiter entfernt scheint denn je. Die *arabische Gipfelkonferenz*, die am 21. und 22. Dezember in *Rabat* tagte, hat erneut die hoffnungslose innere Spaltung der arabischen Welt gezeigt und die Legende von der angeblichen arabischen Solidarität im Kampf gegen das «zionistische Israel» eindrücklich widerlegt. Die Differenzen entzündeten sich vor allem an der Forderung des saudiarabischen Königs *Faisal*, der die «Al-Fatah»-Bewegung durch Übernahme der vollen Finanzierung gewissermassen unter eigene Regie stellen wollte und damit den Widerspruch Nassers hervorrief. Das Gipfeltreffen endete in allgemeiner Uneinigkeit; Nasser suchte auf dem Heimweg Ersatz in einer kleinen Gipfelkonferenz mit den Führern Libyens und des Sudans in Tripolis, mit denen er über die Schaffung eines aus den drei Ländern bestehenden Bündnissystemes konferierte, das Israel entgegentreten sollte. Man wird die überschwenglichen Beteuerungen der neuen Freunde wohl *cum grano salis* nehmen müssen – in der Feuerprobe der Realität pflegen sie sich meist zu verflüchtigen und nüchterneren Überlegungen Platz zu machen.

Für Israel bedeutet die ergebnislose Konferenz von Rabat freilich kaum mehr als eine Atempause. Es hat diese ausgenützt durch kühne Handstreiche und Überraschungscoups wie die Demontierung einer *sowjetischen Radarstation* tief auf ägyptischem Territorium und die Entführung von fünf durch de Gaulles Waffenembargo festgehaltenen Schiffen aus dem französischen Hafen *Cherbourg*. Aber alle diese spektakulären Einzeltaten vermögen es nicht, die Araber in eine Position zu manövrieren, in welcher sie gezwungen sind, mit Israel zu verhandeln. Auch die *Grossmächte*, die sich in letzter Zeit wieder stärker in den Nahostkonflikt eingeschaltet haben, konnten bis jetzt keinen Weg weisen, der zu einer Entspannung geführt hätte. Die Vereinigten Staaten wie die Sowjetunion scheinen beide in den letzten

Wochen mässigend auf die ihnen nahestehenden Konfliktparteien eingewirkt zu haben, freilich ohne sichtbaren Erfolg. Der *Kleinkrieg*, gekennzeichnet durch ununterbrochene Scharmützel, Artillerieduelle, Sabotageaktionen und Luftkämpfe, bleibt Normalzustand im Nahen Osten.

Fabius

DIE AUSSENPOLITIK DER REGIERUNG BRANDT

Status quo und Wandel

«Es gibt kein Land, das bessere Gründe hat, zugleich die Erhaltung des Status quo *und* einen Wandel zu wünschen», so hat der französische Politologe Pierre Hassner einmal bemerkt. Keine Bonner Regierung, welcher Couleur auch immer, kann sich aus diesem fundamentalen Dilemma deutscher Politik hinwegstehlen. Der individuellen Fähigkeit der jeweiligen Regierung bleibt aber überlassen, unterschiedliche Mittel einzusetzen und Wege zu suchen, um die widersprüchlichen Aufgaben deutscher Politik optimal zu harmonisieren. Der von Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 beschworene «Wille zur Kontinuität» bedeutet eine Anerkennung dieser Gesetzmässigkeiten. Das unmissverständliche Festhalten am Nordatlantischen Bündnis als der Basis dieser Politik ist logisch. «Sein fester Zusammenhalt», so Brandt, «ist die Voraussetzung für das solidarische Bemühen, zu einer Entspannung in Europa zu kommen.»

Dennoch ist in den ersten Phasen Brandtscher «Politik der Bewegung» ein neuer Bezugsrahmen deutlich geworden; in der Regierungserklärung heisst es: «Unser nationales Interesse erlaubt es nicht, zwischen dem Westen und dem Osten zu stehen.» Mit anderen Worten: Gesamteuropa und nicht länger nur Westeuropa ist gemeint, wenn von Europa die Rede ist. Die erklärte Hauptaufgabe sei daher, «an einer europäischen Friedensordnung mitzuarbeiten». Ohne deren Architektur schon näher zu skizzieren, wird ihre tragende Säule «Gleichgewicht» heissen. Deren Herstellung und damit die Wiederfindung der Identität Europas ist aber nur möglich, «wenn dies auch von Moskau, von Warschau und von Ost-Berlin gewollt wird» (Helmut Schmidt).

«Wiedervereinigung» realistisch interpretiert

Ost-Berlin fällt in diesem Prozess eine zentrale Rolle zu. Das Ziel Brandts ist, mit der DDR «... über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen». Diesem «Miteinander» gibt Brandt einen konkreten Inhalt, indem er einerseits etwas weglässt, was bisher noch keine Bonner Regierungserklärung weggelassen hat: das Wort «Wiedervereinigung», andererseits aber möchte er ein «weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation» vermeiden, also deren Einheit bewahren und damit zugleich dem Wiedervereinigungs-Auftrag neue Impulse geben. Die Formel «zweier Staaten deutscher Nation», die füreinander nicht Ausland sind und deren Beziehungen zueinander deshalb auch nur «von besonderer Art» sein können, könnte in sich ein interessantes Modell bergen, dessen Konturen vielleicht deutlicher werden, nimmt man den Appell Brandts hinzu, «dass die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben». Dieses Modell könnte möglicherweise die Gewährung eines qualitativ abgestuften, zunächst die Wiedervereinigungsautomatik nicht einschliessenden Selbstbestimmungsrechts beinhalten. Damit würde den ohnehin irrationalen und durch die oft wiederholten Gewaltverzichtserklärungen der Bundesregierung recht unglaubwürdigen Befürchtungen Ost-Berlins um die territoriale Integrität der DDR auch der letzte